

Kommuniqué



... der GdP-Fachtagung „Rechtsextremismus und Aussteigerprogramm“ am 18. April 2005 im Wappensaal des Mainzer Landtages:

Am Montag, dem 18.4.2005 hat die Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz mit großer Unterstützung durch das Ministerium des Innern und für Sport und das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Innenpolitiker der Landtagfraktionen, Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei und Gremien der GdP sowie Vertreter von Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz und Polizei zu einer Fachtagung zum Thema „**Rechtsextremismus und Aussteigerprogramm in Rheinland-Pfalz**“ eingeladen.

Die **70 Teilnehmer** der Tagung diskutierten nach Lagedarstellung durch das Landeskriminalamt und den Verfassungsschutz und die Vorstellung des Aussteigerprogramms des Sozialministeriums Ursachen und Strategien.

Auf dieser Grundlage veröffentlicht die GdP das folgende Kommuniqué:



Erinnern:

Vor 60 Jahren endete der zweite Weltkrieg. Anlass genug, daran zu erinnern, dass dieses Inferno mit Millionen Toten nur durch die faschistische Machtergreifung im Jahr 1933 möglich wurde. Anlass genug, die Positionierung für Menschenrechte und demokratische Grundordnung deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Farbe bekennen:

Position beziehen und Öffentlichkeit herstellen. Die Teilnehmer an der GdP-Fachtagung kommen mit dem vorliegenden Kommuniqué dieser wichtigen Forderung der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden nach.

Die Lage:

- Das Potenzial von Personen mit rechtsextremer Gesinnung bewegt sich seit Jahren auf hohem Niveau.
- Die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten in Rheinland-Pfalz (ca. 400 p.a.) zeigte zuletzt wieder eine steigende Tendenz.
- Rechtsextremistische Meinungsführer versuchen Straftaten zu vermeiden, um bereits erreichte politische Erfolge nicht zu gefährden.
- Auch in Rheinland-Pfalz gibt es offenbar Bestrebungen, im Hinblick auf die Landtagswahl 2006 rechtsextreme Kräfte in einem Wahlbündnis zusammen zu führen.
- Systematische Rekrutierungsversuche bei Jugendlichen halten unvermindert an, nutzen moderne Medien (Internet, Musik) und machen auch vor Schulen nicht halt.
- Es gibt eine steigende Tendenz bei der Produktion von Musik mit rechtsextremem Inhalt und bei der (konspirativen) Veranstaltung von Konzerten.
- Eine Internationalisierung des Phänomens zeigt sich an der Nutzung des Internet, dem Versand von Publikationen und Musik sowie der Organisation von Veranstaltungen.
- Jugendliche im Alter von 13 bis 25 Jahren gehören zu dem am meisten gefährdeten Potenzial.
- Die Zugehörigkeit oder der Kontakt zu rechtsextremen Kreisen ist beim überwiegenden Teil der Jugendlichen episodenhaft, was die Chancen und den Nutzen des Aussteigerprogramms und dessen Wichtigkeit deutlich macht.

Prävention ist wichtig:

Die Teilnehmer der GdP-Fachtagung fordern alle beteiligten und noch nicht beteiligten Institutionen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen auf, das Entstehen rechtsextremer Tendenzen aufmerksam zu verfolgen, um möglichst früh präventiv tätig zu werden. Aufklärung, Information und Fortbildung sind nicht nur an Schulen wichtige Bausteine der Prävention. Alle öffentlichen Verantwortungsträger sind aufgefordert, gemeinsam mit den Medien konsequent und nachhaltig Öffentlichkeit herzustellen, um die nötigen Impulse zur Bekämpfung des Phänomens zu setzen.

Die DGB-Jugend ist Initiator des **“Netzwerks für Demokratie und Courage”**. Informationen und Anforderung von Material unter: www.dgb-jugend-rlp.de

Verfolgungsdruck aufrecht erhalten:

Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden müssen personell, technisch und rechtlich in der Lage sein, den Verfolgungsdruck aufrecht zu erhalten und in Einzelfällen zu erhöhen. Der intensiven Zusammenarbeit zwischen

Ordnungsverwaltung, Justiz, Polizei und Verfassungsschutz kommt eine hohe Bedeutung zu. Der rheinland-pfälzische Weg, Prävention und Aussteigerprogramm beim Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend anzusiedeln, wird ausdrücklich begrüßt. Auch Schulträger, Jugendämter und Sozialverwaltung sind aufgerufen, die Bekämpfungsstrategien konstruktiv zu begleiten.



Aussteigen bitte:

Die offensive Hilfestellung für Aussteiger ist wichtiger Bestandteil eines Konzeptes gegen Rechtsextremismus. Das rheinland-pfälzische Aussteigerprogramm verdient noch mehr Öffentlichkeit und ist insbesondere aufgrund des Informations- und Hilfsangebotes für Eltern ein probates Mittel zum Schutz unserer demokratischen Gesellschaft.

Infos unter : <http://www.mbfj.rlp.de/Jugend/Jugend.htm>

Aussteiger-Hotline: **0800 / 4546000**

Elternberatung: **06131 / 967520**

E-Mail: elterninitiative@lsjv.rlp.de

Besondere Rolle der Polizei:

„Entscheide Dich rechtzeitig bevor wir dran sind, auf welcher Seite Du stehst“. Diese Ansage gegenüber Polizisten an einer Kontrollstelle vor einem Nazi-Konzert macht deutlich, dass die Polizei nicht nur im Rahmen ihrer präventiven und

repressiven Arbeit an vorderster Front steht, sondern andererseits auch Zielgruppe der Politik rechtsextremer Gruppierungen ist.

Die Einbettung in die Gesellschaft und die gute Ausbildung der rheinland-pfälzischen Polizei auf Fachhochschulebene sind Garant dafür, dass die Polizistinnen und Polizisten sich nicht unkritisch zum Spielball der Politik machen lassen.

Die Gewerkschaft der Polizei ist zu recht stolz darauf, dass sie seit ihrer Gründung im Jahre 1950 einen Beitrag zum Aufbau und der Fortentwicklung einer den Menschenrechten und der demokratischen Grundordnung verpflichteten Bürgerpolizei leisten konnte und weiter leistet.

Die Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen schließt eine Mitgliedschaft in der GdP aus.

Klartext:

Nationalsozialismus und Faschismus sind das Produkt des verheerenden Zusammenwirkens von dummer und dumpfer Bereitschaft zur Gewalt, nationaler Arroganz, Intoleranz und perfider Intelligenz.

Es ist geradezu pervers und kann den Menschen gar nicht oft genug gesagt werden:

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen werben um die Wählerstimmen von Menschen, denen sie im Falle eines Wahlerfolges das Recht auf freie Wahlen nehmen würden.

Dem treten alle demokratischen Kräfte mit Entschiedenheit entgegen.

Alle sind aufgerufen, die Chancen zu nutzen, statt die Rahmenbedingungen zu beklagen.

Teilnehmer:

Abgeordnete: Carsten Pörksen und Dieter Burkhard (SPD); Friedel Grützmaker (B 90/Grüne); Herbert Schneiders und Matthias Lammert (CDU)

Regierung: Staatsminister Martin Stadelmeier, Staatskanzlei; Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Min. f. Bildung, Frauen u. Jugend

Justiz: Generalstaatsanwalt Norbert Weise, OStA Schmengler, StA Koblenz

Polizei: Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Joachim Laux sowie zahlreiche Behördenleiter, herausragende Führungskräfte, Kommissariatsleiter und interessierte Sachbearbeiter

DGB: DGB-Jugend, Netzwerk für Demokratie und Courage

GdP: Landesvorsitzender Ernst Scharbach, Heinz-Werner Gabler und Bernd Becker vom Landesvorstand, Gewerkschaftssekretär Thomas Will, Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei mit den Vorsitzenden Reiner Hamm und Hans-Jürgen Ladinek sowie zahlreiche Personalräte und interessierte Mitglieder. Gäste aus umliegenden Bundesländern und Hugo Müller vom GdP-Bundesvorstand.